



Liebe Leserin, lieber Leser,

anbei erhalten Sie die neueste Ausgabe der DSW [news] mit aktuellen Nachrichten und Fakten zu den Themen Bevölkerung, reproduktive Gesundheit und nachhaltige Entwicklung sowie Neuigkeiten über die Arbeit der Stiftung.

Ihr DSW [news]-Redaktionsteam

[themenüberblick]

Die Müttersterblichkeit in Afrika muss sinken

Eine Studie belegt, dass eine niedrigere Müttersterblichkeit von überragender Bedeutung für das Erreichen der UN-Millenniumsziele ist.

[zum Artikel](#)

In China werden zu wenig Mädchen geboren

Im Jahr 2020 werden einer Studie zufolge schätzungsweise 24 Millionen junge Frauen fehlen.

[zum Artikel](#)

Ugandas Präsident Museveni distanziert sich von einer Verschärfung der Strafverfolgung Homosexueller *Internationale Gemeinschaft mahnt Einhaltung der Menschenrechte an*

[zum Artikel](#)

US-Außenministerin bekennt sich zu Investitionen in reproduktive Gesundheit

Hillary Clinton erhebt die Förderung von Frauen und Mädchen zu einem von sechs Grundsätzen der US-Entwicklungspolitik. Die Gesundheitsfürsorge für Mütter und Neugeborene soll gestärkt werden.

[zum Artikel](#)

Neue Kampagne für Kondome in Ruanda

Der Pro-Kopf-Verbrauch liegt derzeit schätzungsweise bei nur drei Kondomen pro Jahr.

[zum Artikel](#)

[artikel]

Die Müttersterblichkeit in Afrika muss sinken

Eine Studie belegt, dass eine niedrigere Müttersterblichkeit von überragender Bedeutung für das Erreichen der UN-Millenniumsziele ist.

"Das Sterben der Mütter beenden!" lautet der Titel einer Studie, die prüft, inwieweit 17 Länder Afrikas südlich der Sahara die Millennium-Entwicklungsziele erreichen können. Der Schwerpunkt der Untersuchung, die die Millennium-Kampagne der Vereinten Nationen Ende letzten Jahres vorlegte, liegt auf der Verbesserung der Müttergesundheit sowie auf der Frage, ob Frauen und Mädchen angemessene Chancen bei Ausbildung und Berufswahl erhalten.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Millenniumsziele in keinem dieser Länder erreicht werden können, wenn Frauen nicht gestärkt werden und ihre Grundrechte und Bedürfnisse unberücksichtigt bleiben. Im Ländervergleich zeigt sich, dass Armut reduziert und das Wohlergehen aller verbessert werden kann, wenn Benachteiligungen von Frauen beseitigt werden. Besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang der Zugang zu Bildung, zu ausreichend bezahlter Arbeit im Sinne eines menschenwürdigen Lebensunterhalts und eine verbesserte Vertretung von Frauen in den politischen Strukturen auf allen Ebenen.

Bildung und Gesundheitsfürsorge sind von zentraler Bedeutung

Die bedeutendsten Herausforderungen im Bildungsbereich macht die Studie in der großen Zahl von Jugendlichen und jungen Heranwachsenden aus: Sie stellen in fast allen untersuchten Ländern bis zu zwei Drittel der Gesamtbevölkerung. Es ist weiterhin keineswegs selbstverständlich, dass Mädchen die gleichen Ausbildungschancen geboten werden wie Jungen. Insbesondere in Ländern, in denen Konflikte ausgetragen werden oder in denen der Frieden noch zerbrechlich ist, bestehen teils massive Schwierigkeiten, wenn es um die Stärkung von Frauen und Mädchen geht. Eine gute Ausbildung wiederum aber beschreibt die Studie als eine wichtige Voraussetzung für die Gesundheit von Müttern. Denn je höher der Schulabschluss junger Frauen ist, desto später bekommen sie in aller Regel Kinder, und auch die zeitlichen Abstände zwischen den Geburten werden größer. Das dient nicht nur der Gesundheit der Mütter, sondern auch der der Kinder. Zudem können umfassender ausgebildete Frauen besser informierte Entscheidungen fällen und besser für den Lebensunterhalt der Familien sorgen. Je ärmer das Land ist, in dem die Frauen leben, umso wichtiger werde der Zugang zu Bildung für Frauen.

In Bezug auf die Müttersterblichkeit habe Südafrika die größten Fortschritte gemacht. Generell stellten die Autoren der Studie fest, dass in Ländern mit hoher Müttersterblichkeit auch weniger Verhütungsmittel zur Verfügung stehen und weniger Geburten fachkundig betreut werden. Sie empfehlen, vor allem die Gesundheitsfürsorge für Schwangere zu verbessern, indem das öffentliche Gesundheitswesen gezielt ausgebaut wird. Die Schlüsselbotschaft an die Politik lautet: Die überwiegende Mehrzahl der Todesfälle von Frauen infolge von Komplikationen bei der Geburt ist vermeidbar. Die Müttersterblichkeit zu senken, ist nicht nur eine gesundheitspolitische Aufgabe, sondern eine menschenrechtliche Verpflichtung.

Praktische Umsetzung

In Äthiopien setzt der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zusammen mit äthiopischen Gesundheitsbehörden nun einen Zweijahresplan zu Verbesserung der Gesundheit von Müttern und ihren Babys um. Das meldete das äthiopische Büro des WALTA-Centers Anfang Januar. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Weltbank unterstützen das Projekt ebenfalls. Ziel ist es, die Gesundheitsfürsorge für Mütter und Neugeborene nicht nur auszubauen, sondern auch qualitativ zu verbessern und Management, Qualitätssicherung sowie die institutionellen Kapazitäten zu stärken. Derzeit liegt die Müttersterblichkeit in Äthiopien mit 720 Todesfällen pro 100.000 Lebendgeburten nur leicht unter dem afrikanischen Durchschnitt von 820 pro 100.000. Die Säuglingssterblichkeit beträgt 77 pro 1.000 Lebendgeburten. Im afrikanischen Mittel sterben 80 von 1.000 Neugeborenen.

Die Studie "End women dying giving life!" kann bei der UN-Millennium-Kampagne Deutschland als [PDF](#) heruntergeladen werden.

Quelle: Millennium-Kampagne der Vereinten Nationen, Afrika, 2009; Walta Information Centre Website, Addis Adeba, 7. Januar 2010

In China werden zu wenig Mädchen geboren

Im Jahr 2020 werden einer Studie zufolge schätzungsweise 24 Millionen junge Frauen fehlen.

Die traditionelle Bevorzugung von Jungen führt in China zu einem besorgniserregenden Ungleichgewicht im Verhältnis von männlichen und weiblichen Neugeborenen. Die Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften hat im Januar eine Untersuchung veröffentlicht, nach deren Hochrechnungen in zehn Jahren 24 Millionen junge chinesische Männer vergeblich auf Brautschau gehen werden - insbesondere dann, wenn sie arm sind. Zudem werden wahrscheinlich viele jüngere Männer ältere Frauen heiraten. Die Studie bezeichnet diesen Sachverhalt als das schwerwiegendste demographische Problem Chinas.

Doch nicht nur kulturelle Traditionen, sondern auch wirtschaftliche Erwägungen führen dazu, dass Eltern weibliche Föten gezielt abtreiben lassen: Insbesondere Bauern trauen einem Sohn eher als einer Tochter zu, sie im Alter zu ernähren. Der problematische Trend hat Anfang der 1980er Jahre eingesetzt, als es möglich geworden war, das

Geschlecht von Föten mittels Ultraschall zu bestimmen. Normalerweise kommen 103 bis 107 Jungen pro 100 Mädchen zur Welt. Derzeit werden in China auf 100 weibliche 116 männliche Babys geboren - in einigen ländlichen Gebieten beträgt das Verhältnis sogar 100 zu 130. Erste Konsequenzen dieses Verhaltens beginnen sich bereits abzuzeichnen: In Gegenden, in denen heute bereits ein hoher Männerüberschuss herrscht, haben der Handel mit und die Entführungen von Frauen und Kindern drastisch zugenommen. Auch illegale Heiraten und Zwangsprostitution nehmen zu. Vorgeburtliche Geschlechtsdiagnose ist in China - außer aus medizinischen Gründen - schon länger verboten. Nach Angaben der Studie ist seit 2005 allerdings eine Umkehrung des Trends zu beobachten: Die Geburtenraten von Jungen und Mädchen gleichen sich langsam wieder an.

Quelle: China Daily, 11. Januar 2010; Aljazeera.net; Associated Press, 12. Januar 2010, International Planned Parenthood Association, 13. Januar 2010; Xinhua.net, 9. Oktober 2009, 8. September 2009 sowie 8. April 2009

Ugandas Präsident Museveni distanziert sich von einer Verschärfung der Strafverfolgung Homosexueller

Internationale Gemeinschaft mahnt Einhaltung der Menschenrechte an

Der ugandische Präsident Yoweri Museveni hat sich von einem Gesetzentwurf distanziert, der die Todesstrafe für "schwere Fälle von Homosexualität" vorsieht. Wie PLUSNEWS Mitte Januar berichtete, forderte Museveni die ugandischen Parlamentarier zudem auf, dem Entwurf nicht zuzustimmen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem die Todesstrafe für HIV-positive Personen vor, wenn sie homosexuelle Intimkontakte zu Minderjährigen oder Behinderten haben.

Gegen die Verabschiedung der Vorlage wandten sich sowohl der britische Premierminister Gordon Brown und der kanadische Premier Stephen Harper als auch die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton sowie Navi Pillay, die aus Südafrika stammende UN-Hochkommissarin für Menschenrechte. Bereits Mitte Dezember 2009 hatte das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet, in der es das ugandische Parlament dazu aufrief, die Resolution nicht zu verabschieden.

Wie die New York Times Anfang Januar berichtete, pflegt der ugandische Abgeordnete David Bahati, der die repressive Vorlage eingereicht hatte, gute Kontakte zu evangelikalen Kreisen in den USA. Demnach waren Evangelikale aus den USA auch an der Ausarbeitung der Vorlage beteiligt. Mittlerweile haben sich die fraglichen Personen ausnahmslos von der Gesetzesvorlage distanziert.

Aus PLUSNEWS vom 19. Januar geht hervor, dass in Uganda bereits eine lebenslange Freiheitsstrafe wegen Homosexualität verhängt werden kann. Derzeit stellen über zwei Drittel aller Staaten in Afrika Homosexualität unter Strafe, und häufig sind entsprechende "Vergehen" mit langjährigen Gefängnisstrafen bewehrt.

Die Resolution des Europäischen Parlaments (in englischer Sprache) kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Quelle: Plusnews, 14. und 19. Januar 2010; Guardian, 15. Januar 2010; New York Times, 3. Januar 2010

US-Außenministerin bekennt sich zu Investitionen in reproduktive Gesundheit

Hillary Clinton erhebt die Förderung von Frauen und Mädchen zu einem von sechs Grundsätzen der US-Entwicklungspolitik. Die Gesundheitsfürsorge für Mütter und Neugeborene soll gestärkt werden.

Am 8. Januar bekräftigte US-Außenministerin Hillary Clinton, dass die demokratische US-Regierung Programme der Familienplanung und der reproduktiven Gesundheit entschieden unterstützt. In einer Rede anlässlich des 15-jährigen Jubiläums der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo betonte Clinton, entsprechende Investitionen in Frauen seien "essentiell für den Wohlstand und die Chancen aller, für die Stabilität von Familien und Gemeinschaften und die Nachhaltigkeit und Entwicklung von Nationen".

Nach Angaben des US-amerikanischen Guttmacher Institutes sind das keine leeren Worte. So habe US-Präsident Barack Obama Mitte Dezember 2009 ein Gesetz unterzeichnet, das 593,5 Millionen US-Dollar für internationale Familienplanungsprogramme und die Förderung von Maßnahmen der reproduktiven Gesundheit bereitstelle. Weitere 549 Millionen US-Dollar seien Programmen der Gesundheitsfürsorge für Mütter und Neugeborene vorbehalten.

Schließlich werde der US-Beitrag für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) in 2010 um fünf Millionen auf 55 Millionen US-Dollar erhöht.

Abkehr von Bushs Familienplanungspolitik

Damit setzen Clinton und Obama ihre Politik konsequent fort. Als eine seiner ersten Amtshandlungen hatte der neu gewählte US-Präsident vor etwa einem Jahr eine Abkehr von der restriktiven Familienplanungspolitik der republikanischen Vorgängerregierung angeordnet. Die Zahl ungewollter Schwangerschaften zu reduzieren und die Gesundheit von Müttern und Kindern weltweit zu verbessern, hatte Obama zum offiziellen Ziel der Regierungspolitik deklariert.

Am 6. Januar umriss Hillary Clinton in einer Grundsatzrede vor dem Peter G. Peterson Institute für Internationale Wirtschaft in Washington die Entwicklungspolitik der US-Regierung unter Obama in sechs Grundsätzen. Das sechste Prinzip beschrieb sie mit folgenden Worten: "Wir konzentrieren uns auf Investitionen in jene, die am meisten für die Erzeugung von Nahrung verantwortlich sind, sich um die Kranken der Welt kümmern und die Kinder der Welt großziehen: Frauen und Mädchen."

Die Rede Hillary Clintons anlässlich des ICPD-Jubiläums (in englischer Sprache) ist [hier](#) zu finden.

Die Grundsatzrede Hillary Clintons zur Entwicklungspolitik (in englischer Sprache) kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Quelle: Guttmacher Institute, 8. Januar 2010; Foreign Policy, 6. Januar 2010

Neue Kampagne für Kondome in Ruanda

Der Pro-Kopf-Verbrauch liegt derzeit schätzungsweise bei nur drei Kondomen pro Jahr.

Eine neue Kampagne der ruandischen Regierung zielt darauf ab, den Gebrauch von Kondomen und Femidomen deutlich zu steigern. Derzeit verbraucht die sexuell aktive Bevölkerung schätzungsweise nur drei Kondome pro Person pro Jahr. Das Ziel ist, die Neuinfektionen mit dem HI-Virus um die Hälfte zu senken. Die dreimonatige Kampagne wird sich dafür auch gezielt an Risikogruppen wie zum Beispiel Sexarbeiter wenden. Die Kampagne will zudem dem weit verbreiteten Vorurteil entgegenreten, der Gebrauch von Kondomen sei mit Promiskuität verbunden.

Femidome werden in Ruanda derzeit kostenlos abgegeben, während Kondome umgerechnet 12,5 Eurocent kosten. Der Anteil der Menschen, die hier mit dem HI-Virus infiziert sind, liegt bei etwa drei Prozent. Der Gebrauch von Kondomen ist seit jeher zentraler Bestandteil der ruandischen HIV/Aids-Aufklärung.

Quelle: Plusnews, 12. Januar 2010
